

Bildungserfolg durch Integration : zur Situation ausländischer Schüler in der Schweiz

Autor(en): **Müller, Romano**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **82 (2002)**

Heft 11

PDF erstellt am: **30.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-166741>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Romano Müller,

Jahrgang 1949, ist
Dozent am Institut für
Lehrer- und Lehrerinnen-
bildung LLB des Kan-
tons und der Universität
Bern. Er forscht, publi-
ziert und lehrt u.a. im
Bereich der Migrations-
fragen und der Interkul-
turellen Pädagogik.

BILDUNGSERFOLG DURCH INTEGRATION

Zur Situation ausländischer Schüler in der Schweiz

Die einsprachige Konzeption der Schweizer Schulen erschwert selbst begabten Einwanderungskindern den Erfolg. Dies führt bereits zu einem frühen Zeitpunkt zu Benachteiligungen, die den späteren Bildungsverlauf massgebend mitbestimmen. Die Integration der ausländischen Kinder und Jugendlichen wird auf diese Weise durch die Schule gefährdet.

Ausländische Kinder und Jugendliche können nur dann als gut integriert in eine Mehrheitsgesellschaft betrachtet werden, wenn sich ihr Schulerfolg im Durchschnitt dem der einheimischen Schüler und Schülerinnen angleicht. In vielen Kantonen werden unter dem Stichwort «Interkulturelle Pädagogik» Ziele formuliert wie «sich kritisch mit den Formen der Diskriminierung auseinanderzusetzen, die auf religiösen, ethnischen, sozialen und geschlechtlichen Unterschieden beruhen» (Erziehungsdirektion Bern, 1995). Solche sinnvollen Zielsetzungen weisen jedoch auf zwei Missverständnisse hin. Der Pädagogik in den Klassenzimmern wird *erstens* die Aufgabe delegiert, ein Klima gegenseitiger Offenheit und Achtung zu schaffen, um Probleme zu lösen, die auf der Ebene des Unterrichts nicht effizient bewältigt werden können. *Zweitens* wird oft stillschweigend davon ausgegangen, dass auf diese Weise die Benachteiligung von Minderheiten verhindert werden kann.

Die Benachteiligung der ausländischen Kinder und Jugendlichen in der Schule ist im Wesentlichen nicht auf eine schlechte integrative Arbeit von Lehrpersonen zurückzuführen. Sie ist vielmehr dadurch bedingt, dass auf die sprachliche Vielfalt der Schule mit den Massnahmen einer sich kulturell und sprachlich weiterhin homogen und monolingual definierten Mehrheitsgesellschaft geantwortet wird. Die Fakten sprechen hier eine deutliche Sprache. Das Mass der Benachteiligung hat sich nämlich seit dem nun fast zwanzigjährigen Bestehen dieser Empfehlungen nicht etwa verringert, sondern erhöht. Von einer gelungenen Integration der ausländischen Schülerinnen und Schüler kann daher nicht gesprochen werden.

Von der Benachteiligung ist auch ein überdurchschnittlich hoher Anteil der ausländischen Kinder der *zweiten Generation* betroffen. Diese Kinder, die ungefähr 85 Prozent der ausländischen Schüler ausmachen, werden gemeinhin auch deshalb als integriert betrachtet, weil sie die jeweilige *umgangssprachliche* Ortssprache problemlos beherrschen. Umgangssprachliche Kompetenzen sind aber für den Schulerfolg wenig entscheidend. Der sich während der obligatorischen Schulzeit im Bereiche des *schreibsprachlichen Standards* kumulierende Misserfolg determiniert hingegen weitgehend die spätere Bildungslaufbahn bis hin zur Sekundarstufe II (Lehren und Mittelschulen).

Erfolg und Misserfolg in Zahlen

Auf der *Primarstufe* sind etwa die prozentualen Anteile der ausländischen Schüler in Klassen mit besonderem Lehrplan ein wichtiger Indikator für den Bildungserfolg: Diese Anteile sind stark angestiegen. So besuchten 1980/81 etwa 4,3 Prozent der ausländischen Kinder eine solche Klasse, 1999 jedoch 8,2 Prozent. Für die Schweizer Kinder verblieb der Bestand relativ konstant bei 2,2 Prozent. Auf der *Sekundarstufe I* lässt sich der Vergleich von ausländischen und Schweizer Schülern gut anhand der *Erfolgs-Misserfolgs-Quote (EMQ)* darstellen. Die EMQ bezeichnet das Verhältnis der erfolgreichen Sekundarstufe-I-Schüler, welche in vielen Kantonen als Sekundarschüler bezeichnet werden, zu jenen weniger erfolgreichen Gleichaltrigen, die oft als OberschülerInnen bezeichnet werden. Die EMQ der Schweizer Schüler stieg von 1980/81 bis 1998/99 von 1,8 auf 2,6 Punkte an. Bei den Ausländerkindern hin-

gegen fiel die EMQ in der gleichen Periode von niedrigen 1,0 auf 0,8 Punkte ab.

Der geringe schulische Erfolg der ausländischen Schülerinnen wirkt sich natürlich auf die *Bildungsbeteiligung* in der *nachobligatorischen Ausbildung* aus. Grundsätzlich gilt, dass sich die Quote der Bildungsbeteiligung bei Jugendlichen mit einem (auch nur einjährigen) Schulbesuch in der Schweiz wesentlich erhöht. Die Bildungsbeteiligung der 16- bis 20-Jährigen beträgt bei den Schweizer Jugendlichen 78 Prozent, bei den ausländischen 55 Prozent. Haben die ausländischen Jugendlichen jedoch mindestens ein Jahr eine Schweizer Schule besucht, erhöht sich ihre Bildungsbeteiligung auf 71 Prozent. Über einen Zeitraum von 20 Jahren hat sich die Bildungsbeteiligung der Schweizer Jugendlichen von 59 Prozent auf 78 Prozent, die der ausländischen Jugendlichen von 48 Prozent auf 55 Prozent verbessert.

Die zunehmende Bildungsbeteiligung der ausländischen Jugendlichen geht auf das Konto höherer Anteile in den Berufslehren. Die ausländischen Jugendlichen nehmen die frei werdenden Lehrstellen ein, die durch die Abgänge der Schweizer Jugendlichen an die Gymnasien entstehen. In den Gymnasien lässt sich eine starke Abschottung gegenüber den ausländischen Schülern erkennen: 21 Prozent der Schweizer Jugendlichen besuchen einen gymnasial-ähnlichen Zug, was fast einer Verdoppelung innerhalb von 20 Jahren gleichkommt; bei den ausländischen Jugendlichen sind es nur 10 Prozent, was einer Zunahme um 1 Prozent entspricht. Aber selbst bei gleichen schulischen Voraussetzungen am Ende der Schulzeit ist die Übertrittschance in eine Lehre oder Mittelschule bei ausländischen Jugendlichen ca. 20 Prozent niedriger als bei ihren schweizerischen Klassenkameraden.

Einsprachigkeit und Assimilation

Aus der Analyse der Daten folgt, dass es sich um grundsätzliche strukturelle Mängel in der schweizerischen Migrationspädagogik handelt. Soll der Bildungserfolg ausländischer Kinder und Jugendlicher gesteigert werden, um dem Integrationsauftrag der Schule und der Gesellschaft besser gerecht zu werden, ist es unumgänglich, Erklärungen auf schulisch-struktureller

.....
*Es ist
 erstaunlich, dass
 in der Schweiz,
 die sich nicht
 selten als ein
 Vorbild für ein
 mehrsprachiges
 und
 multikulturelles
 Land anbietet,
 die schulische
 Wirklichkeit nicht
 mehrsprachig ist.*

.....
*Einsprachige,
 assimilative
 Konzepte führen
 dazu, dass
 in der Praxis die
 Förderung der
 Herkunftssprache
 als irrelevant
 oder geradezu
 als störend
 betrachtet wird.*

Ebene zu geben und daraus entsprechende Massnahmen abzuleiten.

Es ist erstaunlich, dass in der Schweiz, die sich nicht selten als ein Vorbild für ein mehrsprachiges und multikulturelles Land anbietet, die schulische Wirklichkeit nicht mehrsprachig ist. Das sprachliche Territorialitätsprinzip sichert insgesamt gesehen den Vorrang der Einsprachigkeit in einem bestimmten Territorium. Dadurch wird die Entwicklung von Konzepten der Mehrsprachigkeitserziehung für Einwandererkinder behindert. Die Beherrschung des lokalsprachlichen Standards in ihrer schreibsprachlichen Variante ist das zentrale Kriterium für den schulischen Erfolg. Die Zielsetzung der Schweizer Schule ist dann auch die *sprachliche Assimilation* – und nicht etwa die *sprachliche Integration*. Die Dominanz des lokalsprachlichen Standards bei Selektionsentscheidungen hat wesentliche Folgen für die Einwanderer. Einsprachige Konzepte führen insbesondere in wenig integrierten Sekundarstufe-I-Modellen dazu, dass aufgrund einer mangelnden Beherrschung der Standardsprache ein zu hoher Anteil von Ausländerkindern in Bildungszüge verwiesen wird, in denen sie dann in anderen Fächern unterfordert werden. So lässt sich nachweisen, dass nach der Selektion die ausländischen Jugendlichen in den Oberschulen den verbliebenen einsprachigen Kameraden in den Bereichen Mathematik und Fremdsprache signifikant überlegen sind, wurden sie doch zu einem grossen Teil aufgrund von sprachlichen Schwierigkeiten in die niedrigen Bildungsgänge verwiesen. Die dort verbliebenen einsprachigen Schüler haben demgegenüber vermehrt allgemeine schulische Leistungsschwächen.

Einsprachige, assimilative Konzepte führen dazu, dass in der Praxis die Förderung der Herkunftssprache als irrelevant oder geradezu als störend betrachtet wird. Es ist dabei auch unerheblich, dass die Forschung auf dem Gebiet der Zweisprachigkeit die Rolle der Herkunftssprache beim Erlernen der Zweitsprache gesamthaft positiv wertet. Fälschlicherweise wird oft argumentiert, dass die Förderung der Herkunftssprache negative Effekte auf die Entwicklung des lokalsprachlichen Standards hätte. Das Migrantenkind müsse daher im Sprachbad *immersiert* (eingetaucht) werden. Tatsächlich findet aber eine *Sub-*

mersion (Untertauchen) statt. Die Vernachlässigung der zweisprachigen schulsprachlichen Förderung führt dazu, dass sowohl der schreibsprachliche Standard der Herkunftssprache wie auch jener der Ortssprache nur unzureichend beherrscht wird. In breit angelegten Untersuchungen führen die Submersionsverfahren daher regelmässig zu schlechten Ergebnissen. Demgegenüber ist eine balancierte Form der Zweisprachigkeitserziehung dem Erlernen beider Sprachen zuträglich (*Thomas & Collier, 1997*).

Abgesehen von diesen Ergebnissen leuchtet es nicht ein, warum eine durch die Migrationsumstände gegebene Zweisprachigkeit nicht als solche gefördert werden soll. Die Schweiz investiert in den Fremdsprachenunterricht jährlich etwa 2,3 Milliarden Franken (*François Grin; Claudio Sfreddo, 1997*). Die Förderung der gelebten Zweisprachigkeit von Einwanderungskindern auf schulsprachlichem Niveau bleibt dabei vernachlässigt.

Die einsprachige Mehrheitsgesellschaft verteidigt ihre Interessen

Der schulische Misserfolg von ausländischen, zweisprachigen Schülern wird oft durch ihre sozioökonomische Lage erklärt. Dieser bildungssoziologische Reduktionismus liefert der Bildungspolitik die Rechtfertigung dafür, für die zweisprachigen Schüler nicht wesentlich mehr zu tun als für die einsprachigen Schüler der gleichen sozialen Schicht. Die sozioökonomische Herkunft ist selbstverständlich am Zustandekommen schulischer Leistungen beteiligt, jedoch nicht der einzige Faktor. Eine von uns durchgeführte repräsentative Untersuchung weist nach, dass die Verteilung der Schüler in den drei Niveaus der Sekundarstufe I in sehr hohem Masse durch die ethnolinguistische Herkunft bedingt ist. Sofern man solche Ergebnisse überhaupt verallgemeinern will, kann man sagen: Zweisprachige Migrantenkinder haben in der Regel eine doppelte Hürde zu überwinden, um sich im schulischen Selektionssystem zu bewähren: die Hürde der Schulsprache und jene der sozioökonomischen Schicht. Im Wesentlichen stolpern sie über die schulsprachliche Hürde.

Selbstverständlich ist der mangelnde Wille zur Bildung von multikulturellen Schulkonzepten und die Reform des Selektionssystems nicht unabhängig von ökonomischen und statusmässigen Interessen von Gruppen der Mehrheitsgesellschaft zu verstehen. Das zeigt sich darin, dass auch bei gleichen Bildungsvoraussetzungen den ausländischen Jugendlichen weniger Bildungswege offen stehen. Zwar stehen die selektiven Vorgänge im Widerspruch zum ökonomischen Bedarf eines Landes, welches auf die optimale Nutzung des potenziell vorhandenen humanen Kapitals angewiesen ist (und dieses oft importieren muss!). Sie gliedern sich aber umgekehrt fast lückenlos in die soziale Logik der Grenzziehung zwischen unterschiedlichen Gruppen ein, wie sie von der Intergruppentheorie des sozialen Verhaltens ausführlich beschrieben wird. Dabei versuchen die konkurrierenden Gruppen ihre kulturellen, sozialen und ökonomischen Interessen durch Grenzziehungen entlang von bestimmten Merkmalen bzw. Kategorisierungen zu sichern. Ja nach Bedarf definieren sie diese Gruppengrenzen als «hart» oder «weich».

Da in demokratischen Gesellschaften Grenzziehungen entlang von Merkmalen wie Hautfarbe, Geschlecht, Religion und Sprache verfassungsrechtlich untersagt sind, «besinnen» sich die Gruppen der Mehrheitsgesellschaft raffinierterer Wettbewerbsstrategien, die sie des Vorwurfs des Verfassungsbruchs entheben. So ist die schulische Selektion – insbesondere jene mittels des sprachlichen Standards (Schulsprache) – ein probates Mittel, die sozialen und ökonomischen Wettbewerbschancen anderssprachiger Ausländer zu regulieren.

Da in demokratischen Gesellschaften Grenzziehungen entlang von Merkmalen wie Hautfarbe, Geschlecht, Religion und Sprache verfassungsrechtlich untersagt sind, «besinnen» sich die Gruppen der Mehrheitsgesellschaft raffinierterer Wettbewerbsstrategien, die sie des Vorwurfs des Verfassungsbruchs entheben. So ist die schulische Selektion – insbesondere jene mittels des sprachlichen Standards (Schulsprache) – ein probates Mittel, die sozialen und ökonomischen Wettbewerbschancen anderssprachiger Ausländer zu regulieren.

Gesucht: Multikulturelle Integrationskonzepte in den Schulen

Indem man den Standard der Mehrheitsgesellschaft zum einheitlichen Selektionskriterium *aller* Schüler erhebt, entgeht man gleichzeitig dem Vorwurf der sprachlichen Diskriminierung: Alle müssen ja das *gleiche* Selektionskriterium bestehen, um schulisch erfolgreich zu sein. Wer den (schriftlichen) Standard der jeweiligen Nationalsprache nicht durchschnittlich beherrscht, gilt als nicht oder noch nicht ganz integriert und kann darum auch nicht Anspruch auf den vollen Umfang der Güter einer Nation haben.

Es ist konsequent, wenn eine dem assimilativen Prinzip verpflichtete Schule sich

Zweisprachige
Migrantenkinder
haben in der
Regel eine
doppelte Hürde
zu überwinden,
um sich im
schulischen
Selektionssystem
zu bewähren:
die Hürde der
Schulsprache
und jene der
sozio-
ökonomischen
Schicht.

wenig Gedanken über die Integration von Migrantinnen und Migranten macht bzw. kaum integrative Konzepte entwickelt. Die Präsenz von Einwanderern wird selbst dann noch als Sonderfall betrachtet, wenn die Realität in vielen Schulen schon aufgrund der Schülerverteilung als vielsprachig bezeichnet werden muss. Folglich mangelt es – von wenigen Ausnahmen abgesehen – in den Schulen auch an eigentlichen integrativen Konzepten.

Das in diesem Aufsatz beschriebene Selektionsprinzip mit seiner überdurchschnittlich hohen Zuweisungsrate von ausländischen Schülern zu Sekundarstufen mit niedrigem Anforderungsgrad entspricht dem Gedanken der Separation und nicht jenem der Integration. Diese Problematik wird auch in Klassen mit besonderem Lehrplan deutlich. Solange schulisch-konzeptionell keine strukturellen Reformen durchgeführt werden, wird sich wenig an der Situation der ausländischen Kinder (auch jener der Zweiten Generation) ändern. Ihre Integration wird stückhaft bleiben.

Die Bereitschaft der Behörden und die spezifische Verwirklichung von Konzepten der Mehrsprachigkeit in den Schulen sind von Kanton zu Kanton und Gemeinde zu Gemeinde unterschiedlich. Generell kann festgestellt werden, dass das beschriebene assimilative Prinzip in der schulischen Praxis kaum durchbrochen wird. Es genügt nicht, in Empfehlungen das integrative Prinzip nur zu betonen. Es muss konkret gehandelt werden. Umso erfreulicher ist es, dass sich einige Kantone und Gemeinden zu Innovationsprojekten in multikulturellen Schulen entschieden haben. Ihre Konzeption beweist, dass die Probleme vermehrt auf strukturelle, schulisch-organisatorische Ebene fokussiert und nicht mehr als schülerspezifische Probleme betrachtet werden. Einige Beispiele seien hier erwähnt:

- *Kantone:* Das Projekt Qualität in multikulturellen Schulen (QUIMS) der Bildungsdirektion des Kantons Zürich strebt gezielt strukturelle Veränderungen durch den engen Einbezug der Bildungsverantwortlichen in einzelnen Schulen an. QUIMS bietet von Migra-

Das in diesem Aufsatz beschriebene Selektionsprinzip mit seiner überdurchschnittlich hohen Zuweisungsrate von ausländischen Schülern zu Sekundarstufen mit niedrigem Anforderungsgrad entspricht dem Gedanken der Separation und nicht jenem der Integration.

Erwähnte Literatur:

Romano Müller, Die Situation der ausländischen Jugendlichen auf der Sekundarstufe II. Integration oder Benachteiligung. Schweizerische Zeitschrift für Bildungswissenschaften. 3, 47–80, 2001.

François Grin, Claudio Sfreddo, Dépenses publiques pour l'enseignement des langues secondes en Suisse (Programme national de recherche No 33). Fonds national suisse de recherche scientifique, Bern 1997.

Thomas & Collier, School Effectiveness for Language Minority Students. National Clearinghouse for Bilingual Education, Washington D.C. 1997.

tionsexpertinnen begleitete Module an, welche eine enge Verbindung von Weiterbildung, Beratung und gezielter Umsetzung durch die Lehrerinnen an den Projektschulen garantieren (www.quims.ch).

- Einige *grössere Städte* wie etwa Bern oder Basel verfügen über umfassende Integrationsleitbilder u.a. mit dem Ziel, die Chancen der Einwanderer im Hinblick auf die Bildung und den wirtschaftlichen Erfolg zu erhöhen.
- Auf *Gemeindeebene* bestehen schulhaus-spezifische Entwicklungsprojekte, wie etwa in Basel, Rorschach, Zürich und Schaffhausen.
- In einigen *Gymnasien* wie Zug und Solothurn werden Modelle zur Erleichterung des Übertritts von ausländischen Schülerinnen und Schülern erprobt.
- Mit der Tertialisierung der schweizerischen *Lehrerbildung* sind die Fragen der Multikulturalität endlich zum verbindlichen Ausbildungsinhalt geworden. Zugleich werden zurzeit die Weiterbildungsangebote in den Kantonen und beim Bund (Berufsschullehrer) erweitert.

Ein entscheidendes Kriterium für den Erfolg all dieser Projekte wird es sein, ob es mittel- und längerfristig gelingt, den Bildungserfolg der ausländischen Kinder und Jugendlichen anzuheben. Man wird erst dann von einer gelungenen Integration sprechen können. ♦